I. Firma und Sitz der Genossenschaft

§ 1

Firma und Sitz

1. Die Genossenschaft führt die Firma Gartenstadt Karlsruhe eG
2. Sie hat ihren Sitz in Karlsruhe.

II. Gegenstand der Genossenschaft

§ 2

Zweck und Gegenstand

1. Die Genossenschaft kann Immobilien in allen Rechts- und Nutzungsformen errichten, erwerben, bewirtschaften, betreuen und verwalten. Hierzu zählen u.a. alle Wohnungs-, Gewerbe-, Dienstleistungs-, Verkehrs- und Freizeitimmobilien und damit verbundene Aufgaben im Dienstleistungsbereich. Sie kann alle im Bereich des Grundstücks-, Wohnungs- und Immobilienwesens, des Städtebaus, der Infrastruktur und der Raumordnung anfallenden Aufgaben übernehmen. Dazu gehören auch soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen. Die Genossenschaft kann Vermögen verwalten, Versicherungs- und Finanzdienstleistungen erbringen sowie Unternehmens- und sonstige Beratungen durchführen. Beteiligungen sind zulässig.
2. Die Genossenschaft kann auch sonstige Geschäfte tätigen, die geeignet sind, ihrem Zweck zu dienen.
3. Die Genossenschaft kann Spareinlagen nur von ihren Mitgliedern oder deren Angehörigen annehmen.
4. Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebs auf Nichtmitglieder ist mit Ausnahme von § 2 Abs. 3 zugelassen. Vorstand und Aufsichtsrat beschließen gemeinsam über die Grundsätze.

III. Mitgliedschaft

§ 3

Mitglieder und Erwerb der Mitgliedschaft

1. Mitglieder können werden
 - a) natürliche Personen
 - b) juristische Personen
 - c) Personenhandelsgesellschaften
 - d) Wohnungseigentümergeinschaften
2. Zum Erwerb der Mitgliedschaft bedarf es einer vom Erwerber zu unterzeichnenden unbedingten Beitrittserklärung und der Zulassung durch die Genossenschaft. Dem Bewerber ist vor Abgabe seiner Beitrittserklärung die Satzung in der jeweils geltenden Fassung zur Verfügung zu stellen.
3. Über die Zulassung beschließt der Vorstand. Mit dem Aufnahmebeschluss beginnt die Mitgliedschaft.

§ 4

Eintrittsgeld

1. Bei der Aufnahme ist ein Eintrittsgeld zu zahlen, über dessen Höhe bis zum Höchstbetrag eines Geschäftsanteils der Vorstand beschließt.
2. Das Eintrittsgeld ist dem Ehegatten bzw. dem eingetragenen Lebenspartner eines verstorbenen Mitglieds zu erlassen.

§ 5

Beendigung der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft endet durch

- a) Kündigung,
- b) Übertragung des Geschäftsguthabens,
- c) Tod,
- d) Auflösung einer juristischen Person, einer Personenhandelsgesellschaft oder einer Wohnungseigentümergeinschaft,
- e) Ausschluss.

§ 6 Kündigung der Mitgliedschaft

Das Mitglied hat das Recht, durch Kündigung seinen Austritt aus der Genossenschaft zu erklären. Die Kündigung findet nur zum Schluss eines Geschäftsjahres statt. Sie muss mindestens ein Jahr vorher schriftlich erfolgen.

§ 7 Übertragung des Geschäftsguthabens

1. Das Mitglied kann jederzeit sein Geschäftsguthaben durch schriftliche Vereinbarung auf einen anderen übertragen und hierdurch aus der Genossenschaft ohne Auseinandersetzung ausscheiden. Die Übertragung bedarf der Zustimmung des Vorstands. Als Zeitpunkt des Ausscheidens gilt der Tag der Zustimmung durch den Vorstand.
2. Ein Mitglied kann sein Geschäftsguthaben ohne aus der Genossenschaft auszuscheiden teilweise übertragen und hierdurch die Anzahl seiner Geschäftsanteile verringern, soweit es nicht nach der Satzung oder einer Vereinbarung mit der Genossenschaft zur Beteiligung mit mehreren Geschäftsanteilen verpflichtet ist oder die Beteiligung mit mehreren Geschäftsanteilen Voraussetzung für eine vom Mitglied in Anspruch genommene Leistung der Genossenschaft ist. Die Voraussetzungen des Abs. 1 gelten entsprechend.
3. Ist der Erwerber nicht Mitglied der Genossenschaft, so muss er die Mitgliedschaft erwerben. Ist der Erwerber bereits Mitglied, so ist das Geschäftsguthaben des ausgeschiedenen oder übertragenden Mitglieds seinem Geschäftsguthaben zuzuschreiben. Wird durch die Zuschreibung der Betrag der bisher übernommenen Geschäftsanteile überschritten, so hat der Erwerber entsprechend der Höhe des neuen Geschäftsguthabens einen oder mehrere Anteile zu übernehmen.

§ 8 Beendigung der Mitgliedschaft im Todesfall

Stirbt ein Mitglied, so geht die Mitgliedschaft auf die Erben über. Sie endet jedoch mit dem Schluss des Geschäftsjahres, in dem der Erbfall eingetreten ist. Mehrere Erben können das Wahlrecht zur Vertreterversammlung nur durch einen gemeinschaftlichen Vertreter ausüben.

§ 9 **Beendigung der Mitgliedschaft durch Auflösung** **einer juristischen Person oder Personenhandelsgesellschaft**

Wird eine juristische Person oder eine Personenhandelsgesellschaft aufgelöst, so endet die Mitgliedschaft mit dem Schluss des Geschäftsjahres, in dem die Auflösung wirksam geworden ist. Führt die Auflösung zu einer Gesamtrechtsnachfolge, so setzt der Gesamtrechtsnachfolger die Mitgliedschaft bis zum Schluss des Geschäftsjahres fort.

§ 10 **Ausschließung eines Mitglieds**

1. Ein Mitglied kann zum Schluss eines Geschäftsjahres ausgeschlossen werden,
 - a) wenn es trotz erfolgter schriftlicher Aufforderung unter Fristsetzung und Androhung des Ausschlusses nicht die ihm nach Gesetz, Satzung oder Vertrag der Genossenschaft gegenüber obliegenden Verpflichtungen erfüllt. Dies gilt insbesondere dann, wenn dadurch die Gefahr einer erheblichen Beeinträchtigung des Ansehens der Genossenschaft, ihrer Leistungsfähigkeit oder der Belange ihrer Mitglieder herbeigeführt wird,
 - b) wenn es in anderer Weise durch ein genossenschaftswidriges Verhalten schuldhaft, bei verminderter Zurechnungsfähigkeit oder bei Unzurechnungsfähigkeit unzumutbar das Ansehen oder die wirtschaftlichen Belange der Genossenschaft oder ihrer Mitglieder schädigt oder zu schädigen versucht,
 - c) wenn über sein Vermögen ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahren gestellt worden ist,
 - d) wenn sein Aufenthalt länger als ein Jahr unbekannt ist.
2. Der Ausschluss erfolgt durch Beschluss des Vorstands. Dem Mitglied ist zuvor die Möglichkeit zur Äußerung zu geben.
3. Der Ausschließungsbeschluss ist dem Ausgeschlossenen unverzüglich vom Vorstand durch eingeschriebenen Brief (z.B. Einwurfeinschreiben) an die zuletzt bekannte Anschrift mitzuteilen. Vom Zeitpunkt der Absendung desselben kann der Ausgeschlossene weder an der Wahl der Vertreter, noch als Vertreter an einer Vertreterversammlung teilnehmen.
4. Der Ausgeschlossene kann innerhalb eines Monats nach Eingang des Ausschließungsbeschlusses durch ein an den Vorstand gerichtetes Einschreiben (z.B. Einwurfeinschreiben) gegen den Ausschluss Widerspruch einlegen. Über den Widerspruch entscheidet der Aufsichtsrat.
5. In dem Verfahren vor dem Aufsichtsrat müssen die Beteiligten Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten. Der Aufsichtsrat entscheidet mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit gilt der Widerspruch als abgelehnt. Der

Beschluss ist den Beteiligten durch eingeschriebenen Brief (z.B. Einwurfeinschreiben) mitzuteilen. Es ist eine Niederschrift anzufertigen.

6. Ein Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats kann erst ausgeschlossen werden, wenn die Vertreterversammlung den Widerruf der Bestellung oder die Abberufung beschlossen hat.

§ 11 Auseinandersetzung

1. Mit dem Ausgeschiedenen hat sich die Genossenschaft auseinander zu setzen. Maßgebend ist die Bilanz, die für das Geschäftsjahr, zu dessen Ende das Mitglied ausgeschieden ist, festgestellt worden ist.
2. Der Ausgeschiedene kann lediglich sein Auseinandersetzungsguthaben, nicht auch einen Anteil an den Rücklagen oder dem sonstigen Vermögen der Genossenschaft verlangen. Das Auseinandersetzungsguthaben wird nach dem Geschäftsguthaben des Mitglieds berechnet. Die Genossenschaft ist berechtigt, bei der Auseinandersetzung die ihr gegen das ausgeschiedene Mitglied zustehenden fälligen Forderungen gegen das Auseinandersetzungsguthaben aufzurechnen. Der Genossenschaft haftet das Auseinandersetzungsguthaben des Mitglieds insbesondere im Insolvenzfall für einen etwaigen Ausfall.
3. Die Abtretung und die Verpfändung des Auseinandersetzungsguthabens an Dritte ist nur mit Zustimmung der Genossenschaft zulässig. Eine Aufrechnung des Auseinandersetzungsguthabens durch das Mitglied gegen Forderungen der Genossenschaft ist nicht gestattet, es sei denn, die Forderung ist anerkannt oder rechtskräftig festgestellt.
4. Das Auseinandersetzungsguthaben ist dem Ausgeschiedenen binnen sechs Monaten seit dem Ende des Geschäftsjahres, zu dem das Ausscheiden erfolgt ist, auszuführen, nicht jedoch vor Feststellung der Bilanz. Der Anspruch auf Auszahlung verjährt in zwei Jahren.
5. Weist die der Auseinandersetzung zugrunde liegende Bilanz einen Verlust aus, der die Geschäftsguthaben und die gesetzlichen Rücklagen übersteigt, so hat der Ausgeschiedene den auf ihn entfallenden Anteil an die Genossenschaft zu zahlen. Dieser Anteil wird nach dem Verhältnis der Haftsumme des Ausgeschiedenen zur Gesamthaftsumme aller Mitglieder einschließlich der zum Schluss des gleichen Geschäftsjahres Ausgeschiedenen berechnet; er ist auf die Haftsumme des Ausgeschiedenen beschränkt. Der Ausgeschiedene ist auch dann zur Verlustdeckung heranzuziehen, wenn der Verlust auf neue Rechnung vorgetragen wird. Die Auseinandersetzungsforderung der Genossenschaft wird zwei Wochen nach der Vertreterversammlung, die die Bilanz festgestellt hat, fällig.

IV. Rechte und Pflichten der Mitglieder

§ 12

Rechte der Mitglieder

1. Die Mitglieder üben ihre Rechte in Angelegenheiten der Genossenschaft durch die Wahl der Vertreter für die Vertreterversammlung und, soweit sie als Vertreter gewählt sind, gemeinschaftlich in der Vertreterversammlung durch Beschlussfassung aus.
2. Die Mitglieder haben insbesondere das Recht, die Leistungen der Genossenschaft, wie sie sich aus § 2 ergeben, nach Maßgabe der hierfür von Vorstand und Aufsichtsrat gemäß § 23 Buchst. b - h aufgestellten Grundsätze in Anspruch zu nehmen.

§ 13

Überlassung von Wohnungen

1. Die Überlassung einer Genossenschaftswohnung begründet in der Regel ein dauerndes Nutzungsrecht des Mitglieds. Die Nutzungsgebühr wird vom Vorstand nach Maßgabe der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen festgesetzt. Vor allgemeinen Mietanhebungen ist die Vertreterversammlung anzuhören.
2. Das Nutzungsverhältnis an einer Genossenschaftswohnung wird während des Bestehens der Mitgliedschaft grundsätzlich nicht aufgehoben. Die Genossenschaft kann jedoch in Ausnahmefällen nach den gesetzlichen Bestimmungen das Nutzungsverhältnis kündigen, insbesondere wenn wichtige Interessen der Genossenschaft eine Beendigung des Nutzungsverhältnisses erfordern.
3. Die Vermietung von Genossenschaftswohnungen sowie die Veräußerung von Eigenheimen oder Wohnungen in der Rechtsform des Wohnungseigentums bzw. Dauerwohnrechts nach dem Wohnungseigentumsgesetz, ebenso wie die Inanspruchnahme von Betreuungs-/Dienstleistungen kommt grundsätzlich nur für Mitglieder der Genossenschaft in Betracht. Ein Anspruch des einzelnen Mitglieds kann aus dieser Bestimmung nicht abgeleitet werden.
4. Die Veräußerung von Grundstücken, die im Bereich der bis zum 31.12.1989 erschlossenen Siedlungsgebiete liegen und Eigentum der Genossenschaft sind oder werden, ist ausgeschlossen. Das Gleiche gilt für Erbbaurechte, die zugunsten der Genossenschaft an Grundstücken des umschriebenen Bereichs bestellt sind oder werden. Die Vertreterversammlung kann von diesem Veräußerungsverbot Befreiung erteilen. Die Befreiung hat eine Gültigkeitsdauer von drei Jahren, sofern nicht im Einzelfall etwas anderes beschlossen wird. Vom Veräußerungsverbot ausgeschlossen sind Verkäufe, die durch öffentlich-rechtliche Maßnahmen veranlasst sind.

§ 14

Pflichten der Mitglieder

1. Aus der Mitgliedschaft ergibt sich die Verpflichtung, nach Maßgabe der Bestimmungen dieser Satzung sowie des Genossenschaftsgesetzes zur Aufbringung der von der Genossenschaft zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigten Eigenmittel beizutragen.
2. Das Mitglied ist verpflichtet, für die Errichtung und Erhaltung des genossenschaftlichen Eigentums Gemeinschaftshilfe nach Maßgabe von Richtlinien zu leisten, die die Vertreterversammlung beschließt.
3. Die Mitglieder haben im Rahmen der genossenschaftlichen Treuepflicht die Belange der Gesamtheit der Mitglieder angemessen zu berücksichtigen.

V. Geschäftsanteil, Geschäftsguthaben und Haftsumme

§ 15

Geschäftsanteile und Geschäftsguthaben

1. Die Höhe eines Geschäftsanteiles beträgt 260 Euro.
2. Für den Erwerb der Mitgliedschaft ist jedes Mitglied verpflichtet, zwei Geschäftsanteile (Pflichtanteile) zu übernehmen.
3. Die Pflichtanteile sind mit 140 Euro sofort, der Restbetrag in monatlichen Raten von 20 Euro zu zahlen. Die Zahlungen können auch sofort in voller Höhe oder in höheren Teilbeträgen geleistet werden.
4. Jedes Mitglied, das eine genossenschaftliche Leistung in Anspruch nimmt, hat einen angemessenen Beitrag zur Aufbringung der Eigenleistung durch Übernahme weiterer Geschäftsanteile nach Maßgabe der als Bestandteil dieser Satzung beigefügten Anlage zu übernehmen. Diese weiteren Geschäftsanteile sind unverzüglich einzuzahlen.
5. Darüber hinaus können die Mitglieder weitere Anteile übernehmen, wenn die vorhergehenden Anteile bis auf den zuletzt neu übernommenen voll einbezahlt sind und der Vorstand die Übernahme zugelassen hat. Sie sind bei Übernahme sofort einzuzahlen. Der Vorstand kann Ratenzahlungen zulassen. In diesem Fall sind ab Übernahme monatliche Teilbeträge von 26 Euro zu bezahlen. Es können auch höhere Teilbeträge gezahlt werden.
6. Solange ein Geschäftsanteil nicht voll eingezahlt ist, ist die Dividende dem Geschäftsguthaben zuzuschreiben.
7. Die Höchstzahl der Anteile, mit denen sich ein Mitglied beteiligen kann, beträgt 200.

2. Mitglieder des Vorstandes können nicht sein die Ehegatten und eingetragenen Lebenspartner sowie weitere nahe Angehörige eines Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedes.
3. Die Vorstandmitglieder werden vom Aufsichtsrat auf die Dauer von längstens fünf Jahre bestellt. Wiederbestellung ist zulässig. Die Bestellung kann vorzeitig nur durch die Vertreterversammlung widerrufen werden. Die Bestellung endet spätestens mit dem Ende des Kalenderjahres, in dem das Vorstandsmitglied das 70. Lebensjahr vollendet.
4. Anstellungsverträge mit hauptamtlichen und nebenamtlichen Vorstandsmitgliedern sollen auf die Dauer der Bestellung abgeschlossen werden. Der Aufsichtsratsvorsitzende unterzeichnet namens der Genossenschaft die Anstellungsverträge mit den Vorstandsmitgliedern. Für die Kündigung des Anstellungsverhältnisses eines Vorstandsmitgliedes unter Einhaltung der vertraglichen oder gesetzlichen Frist sowie für den Abschluss von Aufhebungsvereinbarungen ist der Aufsichtsrat, vertreten durch seinen Vorsitzenden, zuständig. Für die außerordentliche Kündigung des Anstellungsvertrages aus wichtigem Grund (fristlose Kündigung) ist die Vertreterversammlung zuständig.
5. Der Vorstand leitet die Genossenschaft in eigener Verantwortung. Er hat nur solche Beschränkungen zu beachten, die Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung festlegen.
6. Der Vorstand führt die Geschäfte der Genossenschaft aufgrund seiner Beschlüsse, die mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen zu fassen sind. Er ist mit zwei seiner Mitglieder beschlussfähig. Beschlüsse können auch schriftlich oder fernmündlich herbeigeführt werden, wenn sich alle Vorstandsmitglieder mit diesem Verfahren einverstanden erklären. Niederschriften über Beschlüsse sind von allen bei der Beschlussfassung beteiligten Vorstandsmitgliedern zu unterschreiben. Sie sind den übrigen Vorstandsmitgliedern zur Kenntnis zu geben und durch Unterschrift bestätigen zu lassen. Die Vollständigkeit und Verfügbarkeit der Niederschriften sind sicherzustellen.
7. Die Genossenschaft wird gerichtlich und außergerichtlich durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem anderen Vorstandsmitglied oder in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.
8. Der Vorstand kann einzelne Vorstandsmitglieder zur Vornahme bestimmter Geschäfte oder bestimmter Arten von Geschäften ermächtigen. Dies gilt sinn-gemäß für Vorstandmitglieder, die in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.
9. Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung, die von jedem Mitglied des Vorstands zu unterzeichnen ist.
10. Die Vorstandsmitglieder haben bei ihrer Geschäftsführung die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters einer Genossenschaft anzuwenden.
11. Der Vorstand unterrichtet die Mitglieder der Vertreterversammlung über Grundsatzbeschlüsse und deren Begründung betreffend die Nutzungsverhältnisse.

8. Die Zahlungen auf Geschäftsanteile, vermehrt um zugeschriebene Gewinnanteile, vermindert um abgeschriebene Verluste, bilden das Geschäftsguthaben des Mitglieds.

§ 16

Kündigung freiwillig übernommener Anteile

Das Mitglied kann die Beteiligung mit einem oder mehreren weiteren Geschäftsanteilen zum Schluss eines Geschäftsjahres durch schriftliche Erklärung mit einer Frist von einem Jahr kündigen. Im Übrigen gilt § 67 b GenG.

§ 17

Haftsumme und Nachschusspflicht

Die Mitglieder haften der Genossenschaft mit den Geschäftsanteilen. Sie haben, beschränkt auf die Haftsumme, Nachschüsse zur Insolvenzmasse zu leisten. Die Haftsumme beträgt 520 Euro. Bei Übernahme weiterer Anteile tritt eine Erhöhung der Haftsumme nicht ein.

VI. Organe der Genossenschaft

§ 18

Organe

Die Organe der Genossenschaft sind

- a) der Vorstand,
- b) der Aufsichtsrat,
- c) die Vertreterversammlung, solange die Mitgliederzahl 1.500 übersteigt; andernfalls tritt an ihre Stelle die Mitgliederversammlung.

§ 19

Vorstand

1. Der Vorstand besteht aus mindestens zwei und höchstens fünf Personen. Sie müssen Mitglied der Genossenschaft und natürliche Personen sein. Gehören juristische Personen oder Personenhandelsgesellschaften der Genossenschaft an, können die zur Vertretung befugten Personen in den Vorstand bestellt werden.

§ 20 Aufsichtsrat

1. Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens drei und höchstens zwölf Mitgliedern der Genossenschaft. Die Mitglieder des Aufsichtsrats müssen persönlich Mitglied der Genossenschaft und natürliche Personen sein. Gehören juristische oder Personengesellschaften der Genossenschaft an, können die zur Vertretung befugten Personen in den Aufsichtsrat gewählt werden. Wahl bzw. Wiederwahl kann nur vor Vollendung des 67. Lebensjahres erfolgen.
2. Die Aufsichtsratsmitglieder werden von der Vertreterversammlung für drei Jahre gewählt. Ihre Amtszeit endet mit dem Schluss der Vertreterversammlung, die über die Entlastung für das zweite Geschäftsjahr nach der Wahl beschließt. Hierbei wird das Geschäftsjahr, in dem das Aufsichtsratsmitglied gewählt wird, nicht mitgerechnet. Wiederwahl ist zulässig.
3. Aufsichtsratsmitglieder können nicht zugleich Mitglieder der Vertreterversammlung, Vorstandsmitglieder oder dauernde Vertreter von Vorstandsmitgliedern sein. Sie dürfen auch nicht als Mitarbeiter in einem Arbeitsverhältnis zur Genossenschaft stehen. Mitglieder des Aufsichtsrats können nicht sein die Ehegatten und eingetragenen Lebenspartner eines Vorstands- oder Aufsichtsratsmitgliedes oder eines Mitarbeiters, der in einem Arbeitsverhältnis zur Genossenschaft steht. Gleiches gilt für weitere nahe Angehörige von Vorständen oder Mitarbeitern. Bei nahen Angehörigen von Aufsichtsratsmitgliedern ist dieser Sachverhalt vor der Wahl in den Aufsichtsrat der Vertreterversammlung mitzuteilen. Nur für einen im Voraus begrenzten Zeitraum kann der Aufsichtsrat einzelne seiner Mitglieder zu Vertretern von verhinderten Vorstandsmitgliedern bestellen. In dieser Zeit und bis zur erteilten Entlastung wegen ihrer Tätigkeit im Vorstand dürfen sie keine Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglieder ausüben.
4. Ehemalige Vorstandsmitglieder können erst zwei Jahre nach Ausscheiden aus dem Amt ab erteilter Entlastung in den Aufsichtsrat gewählt werden.
5. Dauernd verhinderte Aufsichtsratsmitglieder sind durch die Vertreterversammlung abzurufen und durch Neuwahl zu ersetzen. Scheiden Mitglieder im Laufe der Amtszeit aus, so besteht der Aufsichtsrat bis zur nächsten ordentlichen Vertreterversammlung, in der Ersatzwahlen vorgenommen werden, nur aus den verbleibenden Mitgliedern. Frühere Ersatzwahlen durch eine außerordentliche Vertreterversammlung sind nur dann erforderlich, wenn der Aufsichtsrat nicht mehr beschlussfähig im Sinne von § 22 Abs. 4 ist. Ersatzwahlen erfolgen für den Rest der Amtszeit ausgeschiedener Aufsichtsratsmitglieder.
6. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, einen Schriftführer und deren Stellvertreter. Das gilt auch wenn sich seine Zusammensetzung durch Wahlen nicht verändert hat.
7. Der Aufsichtsrat gibt sich eine Geschäftsordnung. Ihm steht eine Vergütung zu, die auch die üblicherweise auftretenden Aufwendungen abdeckt. Die Vertreterversammlung befindet über die Höhe der Vergütung.

§ 21

Aufgaben des Aufsichtsrats

1. Der Aufsichtsrat hat den Vorstand in seiner Geschäftsführung zu fördern, zu beraten und zu überwachen. Die Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats ergeben sich aus Gesetz und Satzung.
2. Der Aufsichtsrat vertritt die Genossenschaft gegenüber den Vorstandsmitgliedern gerichtlich und außergerichtlich. Über die Führung von Prozessen entscheidet die Vertreterversammlung.
3. Der Aufsichtsrat kann vom Vorstand jederzeit Auskünfte über die Angelegenheit der Genossenschaft verlangen. Ein einzelnes Aufsichtsratsmitglied kann Auskünfte nur an den gesamten Aufsichtsrat verlangen. Jedes Aufsichtsratsmitglied hat das Recht und die Pflicht von den Vorlagen des Vorstandes Kenntnis zu nehmen.
4. Jedes Mitglied des Aufsichtsrats hat den Inhalt des Prüfungsberichtes zur Kenntnis zu nehmen.
5. Der Aufsichtsrat kann aus seiner Mitte Ausschüsse bestellen, insbesondere um seine Verhandlungen und Beschlüsse vorzubereiten oder um deren Ausführung zu überwachen.
6. Die Mitglieder des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse können ihre Obliegenheiten nicht anderen Personen übertragen. Der Aufsichtsrat kann sich zur Erfüllung seiner Überwachungspflichten der Hilfe sachverständiger Dritter bedienen.
7. Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben bei ihrer Tätigkeit die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Aufsichtsratsmitglieds einer Genossenschaft anzuwenden. Im Übrigen gilt gemäß § 41 Genossenschaftsgesetz für die Sorgfaltspflicht und Verantwortlichkeit der Aufsichtsratsmitglieder § 34 Genossenschaftsgesetz sinngemäß. Sie haben über alle vertraulichen Angaben und Geheimnisse der Genossenschaft sowie der Mitglieder und Dritter, die ihnen durch die Tätigkeit im Aufsichtsrat bekannt geworden sind, Stillschweigen zu bewahren. Im Übrigen dürfen die Aufsichtsratsmitglieder – in Abstimmung mit dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats - den Mitgliedern der Vertreterversammlung Auskünfte erteilen.
8. Beschlüsse des Aufsichtsrats werden von dessen Vorsitzenden ausgeführt.

§ 22

Sitzungen des Aufsichtsrats

1. Der Aufsichtsrat hält Sitzungen nach Bedarf ab. Er soll einmal im Kalendervierteljahr, er muss einmal im Kalenderhalbjahr zusammentreten. Die Sitzungen werden vom Vorsitzenden des Aufsichtsrats einberufen und geleitet. Als Sitzungen des Aufsichtsrats gelten auch die gemeinsamen Sitzungen von Vorstand und Aufsichtsrat gemäß § 23. Die Geschäftsordnung trifft die näheren Bestimmungen.

- j) die im Ergebnis des Berichts über die gesetzliche Prüfung zu treffenden Maßnahmen,
- k) die Einstellung in und die Entnahme aus Ergebnismrücklagen bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sowie über den Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns oder zur Deckung des Verlustes,
- l) die Vorbereitung aller Vorlagen an die Vertreterversammlung,
- m) Bestimmungen über das Verfahren bei der Wahl von Vertretern zur Vertreterversammlung (Wahlordnung),
- n) die Bestellung von Prokuristen
- o) die Einleitung und Durchführung von Prozessen und sonstigen Streitverfahren, soweit der Streitwert 25.000 Euro übersteigt.

§ 24

Gemeinsame Sitzungen von Vorstand und Aufsichtsrat

1. Gemeinsame Sitzungen von Vorstand und Aufsichtsrat sollen regelmäßig, mindestens vierteljährlich, abgehalten werden. Die Sitzungen werden in der Regel auf Vorschlag des Vorstands vom Vorsitzenden des Aufsichtsrats einberufen und geleitet. Auf Verlangen des Prüfungsverbandes ist eine gemeinsame Sitzung des Vorstands und des Aufsichtsrats einzuberufen.
2. In gemeinsamen Sitzungen ist Beschlussfähigkeit gegeben, wenn jedes Organ für sich beschlussfähig ist. Jedes Organ beschließt getrennt. Anträge, deren Annahme nicht jedes der beiden Organe ordnungsgemäß beschließt, gelten als abgelehnt.
3. Über Beschlüsse der gemeinsamen Sitzungen sind Niederschriften anzufertigen, die vom Vorsitzenden des Aufsichtsrats, dem Schriftführer und einem Vorstandsmitglied zu unterschreiben sind. Die Vollständigkeit und Verfügbarkeit der Niederschriften ist sicherzustellen.

§ 25

Rechtsgeschäfte mit Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern

1. Geschäfte und Rechtsgeschäfte mit der Wohnungsgenossenschaft dürfen die Mitglieder des Vorstandes sowie ihre Ehegatten, eingetragene Lebenspartner und weiteren nahen Angehörigen nur nach vorheriger Zustimmung des Aufsichtsrats und die Mitglieder des Aufsichtsrats sowie ihre Ehegatten, eingetragene Lebenspartner und weiteren nahen Angehörigen nur nach vorheriger Zustimmung des Vorstandes und des Aufsichtsrats abschließen. Dies gilt nicht für Geschäfte und Rechtsgeschäfte und genossenschaftliche Leistungen, deren Konditionen, Bedingungen und Vereinbarungen für alle Mitglieder in gleicher Weise gelten.

2. Der Zustimmung des Aufsichtsrats bedarf weiterhin die gewerbliche oder freiberufliche Tätigkeit im selben Geschäftsbereich wie dem der Genossenschaft.
3. Abs. 1 gilt auch für Rechtsgeschäfte zwischen der Genossenschaft und juristischen Personen oder Personengesellschaften, an denen ein Organmitglied oder seine in Abs. 1 genannten Angehörigen beteiligt sind oder auf sie maßgeblichen Einfluss haben.
4. Rechtsgeschäftliche Erklärungen und Verträge im Sinne von Abs. 1 sind namens der Genossenschaft von den Vorsitzenden des Aufsichtsrats und des Vorstandes bzw. deren Stellvertretern zu unterzeichnen. Die betroffenen sind von der Mitunterzeichnung ausgeschlossen.

§ 26

Zusammensetzung der Vertreterversammlung und Stellung der Vertreter

1. Die Vertreterversammlung besteht aus mindestens 50 gewählten Mitgliedern der Genossenschaft. Die Vertreter sind nicht an Weisungen gebunden. Sie üben ihr Amt eigenverantwortlich und treuhänderisch im Interesse aller Genossenschaftsmitglieder aus.
2. Wählbar als Vertreter oder Ersatzvertreter sind nur natürliche Personen, die voll geschäftsfähig sind. Ist ein Mitglied der Genossenschaft eine juristische Person oder eine Personengesellschaft, können natürliche Personen, die zu deren gesetzlicher Vertretung befugt sind, als Vertreter gewählt werden.
3. Auf je 100 Mitglieder eines Wahlbezirks ist ein Vertreter zu wählen. Auf die übrigen Mitglieder entfällt ein weiterer Vertreter. Ferner sind Ersatzvertreter zu wählen. Maßgebend ist der Mitgliederstand am letzten Tag des der Wahl vorausgegangenen Geschäftsjahres. Gewählt wird durch Briefwahl. Nähere Bestimmungen über das Wahlverfahren einschließlich der Feststellung des Wahlergebnisses werden in einer Wahlordnung getroffen.
4. Die Wahl zur Vertreterversammlung findet alle fünf Jahre statt. Wiederwahl ist zulässig.
5. Bei der Wahl der Vertreter hat jedes Mitglied eine Stimme. Das Mitglied oder sein gesetzlicher Vertreter können schriftlich Stimmvollmacht erteilen. Ein Bevollmächtigter kann nicht mehr als zwei Mitglieder vertreten. Bevollmächtigte können nur Mitglieder der Genossenschaft sein.
6. Die Amtszeit der Vertreter beginnt mit der Annahme der Wahl, jedoch nicht vor Ende der Amtszeit der bisherigen Vertreter. Die Amtszeit eines Ersatzvertreters beginnt mit dem Wegfall des Vertreters. Die Amtszeit eines Vertreters sowie des an seine Stelle getretenen Ersatzvertreters endet mit der Vertreterversammlung, die über die Entlastung der Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrats für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit beschließt. Das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, wird nicht mitgerechnet.

7. Die Neuwahl der Vertreter und der Ersatzvertreter muss jeweils spätestens bis zu der Vertreterversammlung durchgeführt sein, die über die Entlastung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats für das vierte Geschäftsjahr nach Beginn der Amtszeit der Vertreter beschließt. Soweit eine wirksame Neuwahl der Vertreterversammlung nicht stattgefunden hat, bleibt die bisherige Vertreterversammlung im Rahmen der gesetzlichen Höchstfrist (§ 43 Abs. 4 GenG) bis zur Neuwahl im Amt.
8. Die Amtszeit endet vorzeitig, wenn der Vertreter in den Aufsichtsrat oder Vorstand gewählt wird, aus der Genossenschaft ausscheidet oder ausgeschlossen wird, sein Amt niederlegt, stirbt, geschäftsunfähig oder in der Geschäftsfähigkeit beschränkt wird.
9. Der Ersatz eines ausgeschiedenen Vertreters erfolgt durch einen Ersatzvertreter aus dem gleichen Wahlbezirk. Sofern dort keine Ersatzvertreter mehr verfügbar sind, erfolgt der Ersatz aus den anderen Wahlbezirken mit der Maßgabe, dass immer der Ersatzvertreter zum Zuge kommt, der im Verhältnis zu den abgegebenen Stimmen seines Wahlbezirkes das höchste Ergebnis erzielt hat.
10. Eine vorzeitige Neuwahl zur Vertreterversammlung ist abweichend von Absatz 5 unverzüglich durchzuführen, wenn die Zahl der Vertreter unter Berücksichtigung nachrückter Ersatzvertreter unter die gesetzliche Mindestzahl von 50 sinkt.

§ 27

Vertreterversammlung

1. Die ordentliche Vertreterversammlung hat in den ersten sechs Monaten des Geschäftsjahres stattzufinden.
2. Der Vorstand hat der ordentlichen Vertreterversammlung den Jahresabschluss sowie den Lagebericht nebst den Bemerkungen des Aufsichtsrats vorzulegen. Der Aufsichtsrat hat der Vertreterversammlung über seine Tätigkeit zu berichten.

§ 28

Einberufung der Vertreterversammlung

1. Die Vertreterversammlung wird in der Regel vom Vorsitzenden des Aufsichtsrats einberufen. Das gesetzliche Recht des Vorstands auf Einberufung der Vertreterversammlung wird dadurch nicht berührt.
2. Die Einladung zur Vertreterversammlung erfolgt unter Angabe der Gegenstände der Tagesordnung durch eine den Vertretern zugegangene schriftliche Mitteilung. Die Einladung ergeht vom Vorsitzenden des Aufsichtsrats oder vom Vorstand, falls dieser die Vertreterversammlung einberuft. Zwischen dem Tag der Vertreterversammlung und dem Tag des Zugangs der schriftlichen Mitteilung muss ein Zeitraum von mindestens zwei Wochen liegen.

3. Die Tagesordnung der Vertreterversammlung ist allen Mitgliedern der Genossenschaft durch Veröffentlichung im Internet unter der Adresse der Genossenschaft bekannt zu machen.
4. Die Vertreterversammlung muss unverzüglich einberufen werden, wenn der zehnte Teil der Mitglieder oder der dritte Teil der Vertreter dies in einer in Textform abgegebenen Eingabe unter Anführung des Zwecks und der Gründe verlangt. Fordert der zehnte Teil der Mitglieder oder der dritte Teil der Vertreter rechtzeitig in gleicher Weise die Beschlussfassung über bestimmte zur Zuständigkeit der Vertreterversammlung gehörende Gegenstände, so müssen diese auf die Tagesordnung gesetzt werden.
5. Mitglieder, auf deren Verlangen gemäß Abs. 4 eine Vertreterversammlung einberufen wird oder die die Beschlussfassung über bestimmte Gegenstände in einer Vertreterversammlung gefordert haben, können an diesen Versammlungen teilnehmen. Die teilnehmenden Mitglieder üben ihr Rede- und Antragsrecht in der Vertreterversammlung durch einen Bevollmächtigten aus, der aus ihrem Kreis zu wählen ist.
6. Beschlüsse können nur über Gegenstände der Tagesordnung gefasst werden. Nachträglich können Anträge auf Beschlussfassung soweit sie zur Zuständigkeit der Vertreterversammlung gehören, aufgenommen werden.
7. Weitere Gegenstände der Tagesordnung müssen rechtzeitig vor der Vertreterversammlung durch eine den Vertretern zugegangene schriftliche Mitteilung angekündigt werden. Zwischen dem Tag der Vertreterversammlung und dem Tag des Zugangs der schriftlichen Mitteilung muss ein Zeitraum von mindestens einer Woche liegen.

Dasselbe gilt für Anträge des Vorstandes oder des Aufsichtsrats. Anträge über die Leitung der Versammlung sowie der in der Vertreterversammlung gestellte Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Vertreterversammlung brauchen nicht angekündigt zu werden.

§ 29

Leitung der Vertreterversammlung und Beschlussfassung

1. Die Leitung der Vertreterversammlung hat der Vorsitzende des Aufsichtsrats oder bei seiner Verhinderung der stellvertretende Vorsitzende. Sind beide verhindert, so hat ein Mitglied des Vorstands die Versammlung zu leiten. Der Versammlungsleiter ernennt einen Schriftführer sowie die Stimmenzähler.
2. Abstimmungen und Wahlen erfolgen nach Ermessen des Versammlungsleiters durch Handerheben oder Aufstehen. Auf Antrag eines Mitglieds der Vertreterversammlung ist geheim durch Stimmzettel abzustimmen oder zu wählen.
3. In der Vertreterversammlung hat jeder Vertreter eine Stimme. Er kann nicht durch Bevollmächtigte vertreten werden.

4. Für die Feststellung, ob ein Beschluss zustande gekommen ist, werden nur die abgegebenen Stimmen gezählt. Stimmenthaltungen werden nicht berücksichtigt. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag abgelehnt – vorbehaltlich der besonderen Regelung bei Wahlen gem. Abs. 5 – als abgelehnt.
5. Gewählt wird aufgrund von Einzelwahlvorschlägen, die in der Vertreterversammlung zu machen sind. Es können nur einzelne Personen vorgeschlagen werden; Listenwahlvorschläge sind nicht zulässig. Wird eine Wahl mit Stimmzetteln durchgeführt, so hat jeder Wahlberechtigte so viele Stimmen, wie Mandate zu vergeben sind. Der Wahlberechtigte bezeichnet auf dem Stimmzettel die vorgeschlagenen Kandidaten, denen er seine Stimme geben will. Gewählt sind diejenigen Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten. Erfolgt die Wahl ohne Stimmzettel, so ist über die zu wählenden Personen einzeln abzustimmen. Gewählt sind diejenigen Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten haben. Das gleiche gilt auch bei einer Wiederwahl.
6. Über die Beschlüsse der Vertreterversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen (§ 47 GenG).

§ 30

Zuständigkeit der Vertreterversammlung

1. Die Vertreterversammlung beschließt über die im Genossenschaftsgesetz und in dieser Satzung bezeichneten Angelegenheiten, insbesondere über
 - a) die Feststellung des Jahresabschlusses (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang),
 - b) die Verwendung des Bilanzgewinns,
 - c) die Deckung des Bilanzverlustes,
 - d) die Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats,
 - e) die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern sowie die Festsetzung von Vergütungen für Mitglieder des Aufsichtsrats,
 - f) die Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern sowie den Widerruf der Bestellung und die fristlose Kündigung von Vorstandsmitgliedern,
 - g) die Genehmigung von Richtlinien für Gemeinschaftsleistungen,
 - h) die Durchführung von Prozessen gegen Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat,
 - i) die Wahl der Bevollmächtigten zur Vertretung der Genossenschaft in Prozessen gegen Aufsichtsratsmitglieder, soweit sich diese Prozesse aus ihrer Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglieder ergeben,
 - j) die Änderung der Satzung,

- k) die Verpflichtung der Mitglieder zur Leistung von weiteren Einzahlungen zur Deckung des Fehlbetrags,
 - l) die Umwandlung der Genossenschaft durch Verschmelzung, Spaltung, Vermögensübertragung oder Formwechsel,
 - m) die Auflösung der Genossenschaft und die Wahl der Liquidatoren,
 - n) Festsetzung der Beschränkung bei Kreditgewährung gem. § 49 GenG.
 - o) die Zustimmung zu einer Wahlordnung für die Wahl von Vertretern zur Vertreterversammlung,
 - p) die Befreiung vom Veräußerungsverbot gem. § 13 Abs. 4
2. Der Lagebericht des Vorstands, der Bericht des Aufsichtsrats und der Bericht über die gesetzliche Prüfung sind der Vertreterversammlung zur Kenntnis zu bringen.
 3. Sinkt die Zahl der Mitglieder auf 1.500, so üben die Mitglieder ihre Rechte in Angelegenheiten der Genossenschaft gemeinschaftlich in der Mitgliederversammlung aus. Diese tritt an die Stelle der Vertreterversammlung. Die Vorschriften über die Vertreterversammlung finden auf die Mitgliederversammlung entsprechende Anwendung. Soweit für die Ausübung von Rechten die Mitwirkung einer bestimmten Anzahl von Vertretern oder für die Beschlussfassung die Anwesenheit einer bestimmten Zahl von Vertretern vorgeschrieben ist, treten an die Stelle der Vertreter die Mitglieder.

§ 31

Mehrheitserfordernisse

1. Die Vertreterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte aller Vertreter anwesend ist. Trifft das nicht zu, so ist erneut unter Wahrung der Einladungsfrist nach höchstens vier Wochen eine weitere Vertreterversammlung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Anzahl der erschienenen Vertreter beschlussfähig ist. Hierauf ist in der Einladung hinzuweisen.
2. Die Beschlüsse der Vertreterversammlung werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst soweit nicht durch Gesetz oder Satzung eine größere Mehrheit oder weitere Erfordernisse bestimmt sind.
3. Beschlüsse der Vertreterversammlung über
 - a) den Widerruf der Bestellung und die fristlose Kündigung von Vorstandsmitgliedern sowie den Widerruf der Bestellung von Aufsichtsratsmitgliedern,
 - b) die Änderung der Satzung,
 - c) die Umwandlung der Genossenschaft durch Verschmelzung, Spaltung, Vermögensübertragung oder Formwechsel, bedürfen zu ihrer Gültigkeit einer Mehrheit von 3/4 der abgegebenen Stimmen.

4. Der Beschluss der Vertreterversammlung über die Auflösung der Genossenschaft sowie eine Änderung des Statuts, durch die eine Verpflichtung der Mitglieder zur Inanspruchnahme von Einrichtungen oder anderen Leistungen der Genossenschaft oder zur Leistung von Sachen oder Diensten einführt oder erweitert wird, bedarf einer Mehrheit von mindestens 9/10 der abgegebenen Stimmen. Die Vertreterversammlung ist nur beschlussfähig, wenn mindestens 3/4 aller Vertreter anwesend sind, § 30 Absatz 1 Satz 2 der Satzung gilt insoweit nicht.
5. Wurde eine Mitgliederversammlung zur Abschaffung der Vertreterversammlung einberufen, können Beschlüsse über die Abschaffung der Vertreterversammlung nur gefasst werden, wenn mindestens drei Zehntel aller Mitglieder anwesend oder vertreten sind.

§ 32

Erteilung von Auskünften

1. Jedem Vertreter ist auf Verlangen in der Vertreterversammlung vom Vorstand oder Aufsichtsrat Auskunft über Angelegenheiten der Genossenschaft zu geben, soweit das zur sachgemäßen Beurteilung des Gegenstands der Tagesordnung erforderlich ist. Die Auskunft hat den Grundsätzen einer gewissenhaften und getreuen Rechenschaft zu entsprechen.
2. Wird einem Vertreter eine Auskunft verweigert, so kann er verlangen, dass die Frage und der Grund, aus dem die Auskunft verweigert worden ist, in die Niederschrift aufgenommen werden.

VII Rechnungslegung

§ 33

Geschäftsjahr und Aufstellung des Jahresabschlusses

1. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
2. Der Vorstand hat dafür zu sorgen, dass das Rechnungswesen und die Betriebsorganisation die Erfüllung der Aufgaben der Genossenschaft gewährleisten.
3. Der Vorstand hat nach Ablauf eines jeden Geschäftsjahres einen Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung nebst Anhang) aufzustellen. Der Jahresabschluss muss den gesetzlichen Vorschriften über die Bewertung sowie der Gewinn- und Verlustrechnung entsprechen. Die vorgeschriebenen Formblätter sind zu verwenden.
4. Zusammen mit dem Jahresabschluss hat der Vorstand einen Lagebericht aufzustellen soweit dieser nach dem Handelsgesetzbuch erforderlich ist. Im Lagebericht

sind zumindest der Geschäftsverlauf und die Lage der Genossenschaft so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird; dabei ist auch auf die Risiken der künftigen Entwicklung einzugehen.

5. Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind mit dem Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns oder zur Deckung eines Bilanzverlustes unverzüglich nach ihrer Aufstellung dem Aufsichtsrat zur Prüfung vorzulegen.

§ 34

Vorbereitung der Beschlussfassung über den Jahresabschluss, die Gewinnverwendung oder Verlustdeckung

1. Der durch den Aufsichtsrat geprüfte Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung nebst Anhang), der Lagebericht des Vorstandes sowie der Bericht des Aufsichtsrats sind spätestens eine Woche vor der Vertreterversammlung in der Geschäftsstelle der Genossenschaft zur Einsicht der Mitglieder auszulegen oder ihnen sonst zur Kenntnis zu bringen.
2. Der Vertreterversammlung ist neben dem Jahresabschluss auch der Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns oder zur Deckung des Bilanzverlustes zur Beschlussfassung vorzulegen.

VIII. Rücklagen, Gewinnverwendung und Verlustdeckung

§ 35

Rücklagen

1. Es ist eine gesetzliche Rücklage zu bilden. Sie dient ausschließlich der Deckung eines sich aus der Bilanz ergebenden Verlustes.
2. Der gesetzlichen Rücklage sind mindestens 10 % des Jahresüberschusses abzüglich eines Verlustvortrags zuzuweisen, bis die gesetzliche Rücklage 50 % des Gesamtbetrags der in der Jahresbilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten erreicht hat. Die gesetzliche Rücklage ist bei der Aufstellung der Bilanz zu bilden.
3. Im übrigen können bei der Aufstellung des Jahresabschlusses andere Ergebnisrücklagen gebildet werden.

§ 36 Gewinnverwendung

- 1- Der Bilanzgewinn kann unter die Mitglieder als Gewinnanteil verteilt werden, zur Bildung von anderen Ergebnisrücklagen verwendet oder auf neue Rechnung vorgetragen werden.
2. Der Gewinnanteil darf 4 % des Geschäftsguthabens nicht übersteigen. Sonstige Vermögensvorteile, die nicht als angemessene Gegenleistung für besondere geldwerte Leistungen anzusehen sind, dürfen Mitgliedern nicht zugewiesen werden.
3. Die Verteilung als Gewinnanteil erfolgt nach dem Verhältnis der Geschäftsguthaben bei Beginn des Geschäftsjahres, für das der Jahresabschluss aufgestellt ist. Die Gewinnanteile sind 14 Tage nach der Vertreterversammlung fällig. Ein Anspruch auf Auszahlung verjährt in drei Jahren.
4. Solange ein Geschäftsanteil nicht voll erreicht ist, wird der Gewinnanteil nicht ausgezahlt, sondern dem Geschäftsguthaben zugeschrieben. Das gilt auch, wenn das Geschäftsguthaben zur Deckung eines Verlustes vermindert worden ist.

§ 37 Verlustdeckung

Wird ein Bilanzverlust ausgewiesen, so hat die Vertreterversammlung über die Verlustdeckung zu beschließen, insbesondere darüber, in welchem Umfang der Verlust durch Verminderung der Geschäftsguthaben oder Heranziehen der gesetzlichen Rücklage zu beseitigen ist. Werden die Geschäftsguthaben zur Verlustdeckung herangezogen, so wird der Verlustanteil nicht nach den vorhandenen Geschäftsguthaben, sondern nach dem Verhältnis der satzungsmäßigen Pflichtzahlungen bei Beginn des Geschäftsjahres, für das der Jahresabschluss aufgestellt ist, berechnet, auch wenn diese noch rückständig sind.

IX Bekanntmachungen

§ 38 Bekanntmachungen

Bekanntmachungen, die durch Gesetz oder Satzung in einem öffentlichen Blatt zu erfolgen haben, werden in den Badischen Neuesten Nachrichten veröffentlicht. Die offenlegungspflichtigen Unterlagen der Rechnungslegung werden im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

X. Prüfung der Genossenschaft, Prüfungsverband

§ 39 Prüfung

Die Genossenschaft wird von dem Prüfungsverband geprüft, dem sie angehört.

Über das Ergebnis der Prüfung haben Vorstand und Aufsichtsrat in gemeinsamer Sitzung unverzüglich nach Eingang des Prüfungsberichts zu beraten. Der Prüfungsverband ist berechtigt, an der Sitzung teilzunehmen. Die Organe der Genossenschaft sind verpflichtet, den Beanstandungen und Auflagen des Prüfungsverbandes nachzukommen.

XI. Auflösung und Abwicklung

§ 40 Auflösung

1. Die Genossenschaft wird aufgelöst
 - a) durch die Vertreterversammlung
 - b) durch Eröffnung des Insolvenzverfahren
 - c) durch Beschluss des Gerichts, wenn die Zahl der Mitglieder weniger als drei beträgt
2. Für die Abwicklung sind die Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes maßgebend.

Die Satzung ist durch die Vertreterversammlung am 08.Juli 2008 beschlossen und am 16. April 2009 in das Genossenschaftsregister des Amtsgerichts Mannheim eingetragen worden.

Anlage zur Satzung

Eigenleistung durch Übernahme weiterer Geschäftsanteile bei der Anmietung von Wohnraum (§ 15 Abs. 4 der Satzung):

Etagenwohnungen:

1-Zimmer-Wohnung	6 Geschäftsanteile
2-Zimmer-Wohnung	7 Geschäftsanteile
2-Zimmer-Wohnung (ab 70 m ²)	9 Geschäftsanteile
3-Zimmer-Wohnung	9 Geschäftsanteile
3-Zimmer-Wohnung (ab 80 m ²)	11 Geschäftsanteile
4-Zimmer-Wohnung	11 Geschäftsanteile
5-Zimmer-Wohnung	13 Geschäftsanteile
6-Zimmer-Wohnung	15 Geschäftsanteile

Häuser:

2-Zimmer-Haus	7 Geschäftsanteile
3-Zimmer-Haus	9 Geschäftsanteile
4-Zimmer-Haus	11 Geschäftsanteile
5-Zimmer-Haus	13 Geschäftsanteile
5-Zimmer-Haus (ab 120 m ²)	17 Geschäftsanteile
6-Zimmer-Haus	17 Geschäftsanteile
6-Zimmer-Haus (ab 140 m ²)	19 Geschäftsanteile
7-Zimmer-Haus	19 Geschäftsanteile
8-Zimmer-Haus	21 Geschäftsanteile
9-Zimmer-Haus	23 Geschäftsanteile